

Fakten, Argumente, Daten und Hintergründe zu Thema 7 im Parteilehrjahr

Seminar zum Studium der Geschichte der SED

Im Programm der SED Generallinie zum weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft festgelegt

Im Mai 1979, 30 Jahre nach dem Zusammenschluß von KPD und SPD, tagte im neuerbauten Palast der Republik torunsgemäß der IX. Parteitag der SED, die zu der Zeit gerade die 2-Millionen-Grenze überschritten hatte. Er fand, dem Planungsrythmus folgend, zum ersten Male in der Parteigeschichte in einem fünfjährigen Abstand vom vorangegangenen statt. Das Statut ändernd, führte er wieder die Funktion eines Generalsekretärs des ZK ein, in die Genosse Erich Honecker gewählt wurde, den die Volksgenossen im gleichen Jahr an die Spitze des Staates der DDR bestellte. Das höchste Gremium der SED beschloß nach gründlicher Aussprache ein neues, das heute gültige Parteiprogramm - das dritte nach dem Vereinigungsparteitag 1946 angenommenen „Grundsatzen und Zielen der SED“ und nach jenem Programm, das der VI. Parteitag 1963, die wesentlichsten Aufgaben der Übergangsperiode bewältigt waren, verabschiedet hatte. Die Ausarbeitung und Annahme des Programms geschah vor allem die aktuellste sowie die geschichtliche Bedeutung des IX. Parteitages aus.

Die Wende zu politischer Entspannung, eingeleitet am Ende der 60er Jahre, kulminierte 1975 in der Schlußakte der KSZE, die stabile Grundlagen einer europäischen Friedensordnung enthält. Erste Schritte waren getan, um die politische durch eine militärische Entspannung zu ergänzen - so 1972 SALT I, ferner die Aufnahme der Verhandlungen 1973 in Wien über gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa, 1975 in Genf über Abrüstung.

Während der zweiten Hälfte der 70er Jahre geriet dieser Prozeß ins Stocken. Im Lager des Imperialis-

Der IX. Parteitag der SED. Das Programm der SED über die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus in der DDR. Der Kampf der Partei für seine Verwirklichung (1976 bis 1980)

Mittlerweile ist dieser Kongreß bereits aus der Tages- in die Zeitgeschichte übergegangen: Wer damals die PDS abschloß, hat heute meist eine eigene Familie; wer damals ein Studium begann, hat den Absolvierungstitel abgestreift und sich schon oft in der Praxis zu bewähren. Das Verständnis des IX. Parteitages setzt voraus, aus der Sicht nachfolgender Jahre und Erfahrungen einen Blick auf das Wesen der damaligen historischen Situation zu werfen, die seinen Beschlüssen ihren Impetus aufdrückte. Sie trug, wie sich erwies, Merkmale eines Knotenpunktes der Geschichte, enthielt gewisse alternative Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den Hauptkräften der beiden Weltsysteme sowie der konkreten Perspektive des realen Sozialismus.

mus wurde dessen aggressiver Flügel wieder tonangebend, der schrittweise einen Kurs der Hochrüstung und Konfrontation durchsetzte - 1977 „Ost-West-Studie“ des Pentagon, 1978 Langzeit-Rüstungsprogramm der NATO, 1979 Brüsseler Raketenstationierungsbeschlüsse. Es reifte die Alternative: Sicherung und Fortgang der politischen Entspannung bis hin zu ihrer Unumkehrbarkeit oder Rückkehr zum kalten Krieg mit forciertem Wettrüsten und wachsender Gefahr eines Kernwaffen-Raketen-Krieges.

Der Kurswechsel des Imperialismus war vornehmlich ein Antwort darauf, daß beim Dominieren friedlicher Koexistenz seine zunehmende Krisenhaftigkeit in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts mit dem Erstarken des realen Sozialismus, dem Fortschritt des sozialistischen

Prozesses besonders ein- drucksvoll kontrastierte: 1973/74 brach die seit fast 50 Jahren tiefste Wirtschaftskrise aus, während die meisten kommunistischen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft um 1978 ein wirtschafts- und sozialpolitisch höchst erfolgreiches Jahr fünf abrechneten. 1974/75 zerfiel das letzte, das portugiesische Kolonialreich, war ganz Vietnam befreit und in Äthiopien die Revolution siegreich, orientierten sich Mosambique, Angola und Laos sozialistisch. Es bahnte sich an, was Erich Honecker 1983 in die Worte kleidete: „Ob in Moskau oder Peking, in Berlin, Havanna oder Addis Ababa, in Prag, Hanoi oder Aden, in Warschau, Ulan-Bator oder Pjöngjang, in Budapest oder Vientiane, in Sofia oder Kabul, in Luanda, in Belgrad oder Maputo - überall sind die Konturen einer Welt zu erkennen, in der die Völker ... den Schritt aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit tun.“

Der Übergang zum Sozialismus im Weltmaßstab weitete sich auf eine breite Frontlinie aus, die durch wachsende Vielgestaltigkeit gekennzeichnet, folglich schwer zu überschauen, zu halten und vorwärts zu führen war. Zugleich wirkten auf sie, auch auf die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die Veränderungen der Weltwirtschaft und die Last imperialistischer Hochrüstung zurück; blieben Zwischenfälle wie die chinesische Aggression gegen Vietnam oder die Krise in Polen seit 1980 nicht ohne Folgen.

Eingebettet in diese - seinerzeit nicht voll zu überblickende - Entwicklung, beschloß die SED auf ihrem IX. Parteitag in Gestalt ihres Programms die Generallinie zum weiteren Aufbau des entwickelten Sozialismus in der DDR, deren wichtigste Aktualisierung die 1981 vom X. Parteitag angenommene Gesellschafts- und Wirtschaftsstrategie für die 80er Jahre darstellt.

Prof. Dr. sc. GOTTFRIED DITTRICH, GO Geschichte

Seminar zum Studium von Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus und der Wirtschaftspolitik der SED

Integration für weiteren Fortschritt

In der Gemeinschaft der Länder des RGW hat sich in den letzten Jahren eine neue Situation herausgebildet, die eine wesentliche Erhöhung der Effektivität der Produktion, des wissenschaftlich-technischen Niveaus und der Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse als allgemeine Bedingung für den weiteren ökonomischen Fortschritt jedes Mitgliedlandes erfordert.

Diese neue Situation ist erstens durch den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion gekennzeichnet (Vgl. Thema 2). Das in den Jahren des sozialistischen Aufbaus geschaffene Wirtschaftspotential gilt es effektiv zu nutzen, da extensive Wachstumsquellen nicht mehr zur Verfügung stehen. Ein Jahrhundert billiger Energie ging zu Ende. Der Zustrom zusätzlicher Arbeitskraft hat sich erheblich vermindert bzw. hat aufgehört. Die Modernisierung der Ausrüstungen ist mit wesentlich höherem Aufwand verbunden als früher.

Das wirtschaftliche Wachstum setzt daher in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft eine wachsende Effektivität bei der Nutzung der vorhandenen Ressourcen voraus.

Zweitens vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern. So wird der Platz der DDR in der sozialistischen in-

Die sozialistische ökonomische Integration mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern des RGW - eine entscheidende Bedingung für die Entwicklung der Leistungskraft und der Effektivität der Volkswirtschaft

ternationalem Arbeitsteilung zunehmend durch hochveredelte Erzeugnisse, die der internationalen Spitze entsprechen oder sie bestimmen, charakterisiert. Zugleich werden sich die ökonomischen Bedingungen des Austausches zwischen den RGW-Ländern verändern.

Drittens erfordert der Wirtschaftskrieg der NATO eine gebührende Antwort. Das macht z. B. stabile Devisenreserven notwendig, damit die „Bestrafungs-“ und Erpressungspolitik der NATO keine Chance hat.

Diese neue Situation erfordert die Abstimmung im RGW über eine solche wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über eine solche Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration, die die umfassende Intensivierung maximal fördert. Das heißt z. B.:

- eine enge Zusammenarbeit zur Verminderung des Anteils energie- und materialintensiver Produktionen und Technologien, zur hohen Veredelung der eingesetzten Rohstoffe. Die XXXVII. Tagung des RGW billigte im Oktober 1983 „Hauptrichtungen für die Erweiterung der Zusammenarbeit der RGW-Länder bei der sparsamen und rationellen Verwendung von Brennstoffen, Energie und Rohstoffen einschließlich sekundärer Ressourcen“;
- die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Maschinenbau entsprechend den Erfordernissen der umfassenden Intensivierung;
- die Verwirklichung komplexer Maßnahmen zur „Entwicklung der Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes für die bessere Versorgung der Bevölkerung der RGW-Länder mit Nahrungsgütern“, wozu die XXXVII. Tagung des RGW ebenfalls einen Beschluß faßte;
- gemeinsame Anstrengungen, um volkswirtschaftliche Disproportionen zu überwinden.

Der RGW hat gute Erfahrungen in der Koordinierung der Volkswirtschaftsplanung. Jetzt gilt es, die Koordinierung auf längere Zeiträume auszudehnen (über fünf Jahre) sowie die Strukturpolitik, die wissenschaftlich-technische Politik und die Investitionspolitik ebenfalls verstärkt zu koordinieren, um die ökonomischen Vorteile für jeden Teilnehmer zu vergrößern und die technische-ökonomische Unabhängigkeit vom kapitalistischen Markt zu sichern.

Prof. Dr. sc. WERNER MAIWALD, GO Wirtschaftswissenschaften

Fragen, die uns bewegen - Argumente, die wir brauchen

BRD-Regierung spitzt mit ihrer Politik die sozialen Probleme weiter zu

Im Jahr 1983 haben sich die sozialen Probleme für große Teile der Arbeiterklasse in der BRD weiter zuspitzt. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen ist auf rund 1,4 Millionen angewachsen. Von diesen 2,4 Millionen erhalten über eine halbe Million Arbeitslose keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird von den demokratischen Kräften mit 3,5 Millionen angegeben.

Seit 1980 mußten die Werktätigen Reallohnverluste von rund fünf Prozent hinnehmen. Entgegen dem Versprechen des BRD-Bundeskanzlers Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983, in diesem Jahr allen Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, eine ausreichende Zahl von Lehrstellen anzubieten, hatten die Bemühungen von rund 100.000 Jugendlichen, einen Lehrvertrag abzuschließen, keinen Erfolg.

Trotz der wachsenden sozialen Probleme hält die BRD-Regierung auch mit den für 1984 beschlossenen Maßnahmen an ihrem Kurs der Hochrüstung und

zialabbau erheblich zur Kasse getrieben werden, während sich andererseits die „Volkvertreter“ immer höhere Gelder ausanzahlen. So zieht ein von den Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der SPD im Oktober in den Bundestag eingebrachter Gesetzesentwurf vor, daß die Grundlöhne der Bundestagsabgeordneten rückwirkend ab 1. Juli 1983 von 7500 auf 7020 DM erhöht werden. Ferner erhalten die Abgeordneten 4500 DM Aufwandsentschädigung monatlich steuerfrei sowie für 1300 DM jährlich kostenloses Büromaterial. Seit 1969 können die Abgeordneten auch auf Kosten des Staatshaushaltes Mitarbeiter einstellen. 1981 wurden dafür 39 Mio. DM aufgewandt.

Während für die Werktätigen die Beiträge zur Rentenversicherung gestiegen sind und die Renten gekürzt werden, erhalten Abgeordnete entsprechend dem „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des deutschen Bundestages“ vom 8. Dezember 1978 eine nicht betragspflichtige Altersversorgung. Nach diesem Gesetz hat ein Bundestagsabgeordneter nach sechs Jahren Parlamentszugehörigkeit

Wissenschaftler des IIS zu Problemen der allgemeinen Krise des Kapitalismus

des Sozialabbaus fest. So stehen im BRD-Haushalt '84 der Steigerung von Rüstungsausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. DM Ausgaben im Sozialbereich in Höhe von rund 6,8 Mrd. DM gegenüber. Besonders hart von der Honorar-Rollstuhlpolitik sind wiederum die ohnehin sozial Schwächsten, die Arbeitslosen, Schwerbehinderten, Rentner und berufstätigen Mütter, betroffen.

Für kinderlose Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wurden die Leistungen von 68 auf 63 Prozent bzw. von 58 auf 56 Prozent des letzten Nettoverdienstes gekürzt.

Jugendliche, die nach abgeschlossener Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz bekommen, erhalten statt bisher 75 nur noch 50 Prozent der in ihrem Beruf als Berufsanfänger erzielbaren Vergütung als Arbeitslosengeld.

Die Höhe des Mutterschaftsgehaltes, das für vier Monate gezahlt wird, wurde von maximal 750 DM monatlich auf maximal 510 DM gekürzt. Mit dieser Maßnahme wurde ein beträchtlicher Teil der erst seit Juli 1979 geltenden Mutterschutz-Regelungen rückgängig gemacht.

Diesen nur beispielhaft angeführten Maßnahmen des Sozialabbaus stehen erneut starke steuerliche Begünstigungen der Unternehmer gegenüber. Im Etat sind neben 13 Mrd. DM für Zulagen, Zuschüsse und Erstattungen an Monopole allein 3,32 Mrd. DM an Steuerentlastungen für Unternehmer vorgesehen.

Weiter ist außerordentlich bemerkenswert, daß die Werktätigen mit diesem neuerlichen So-

einen Anspruch auf Altersversorgung in Höhe von 25 Prozent seiner letzten Grundlöhne. Mit jedem Jahr weiterer Zugehörigkeit zum Bundestag erhöht sich die Rente um fünf Prozent der Grundlöhne. Gleichzeitig verringert sich die Altersgrenze für den Bezug der Altersversorgung um ein Jahr. Der Höchstanspruch der Altersversorgung, der nach einer Parlamentszeit von 16 Jahren erreicht wird, besteht darin, daß der Abgeordnete ab 55. Lebensjahr 5625 DM monatlich erhält.

Die von der BRD-Regierung für 1984 beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Interessen und Bedürfnissen der werktätigen Massen. Herbert Mies charakterisierte auf dem 7. Parteitag der DKP diesen politischen Kurs treffend mit den Worten: Wo für den Krieg gerüstet wird, bleibt sowohl die Sicherheit des Lebens als auch die soziale Sicherheit auf der Strecke. Die Umverteilungsprozesse zugunsten der Hochrüstung und der Monopolprofite werden im Jahr 1984 die sozialen Probleme weiter zuspitzen. Die BRD-Regierung hat mit den für 1984 beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen eindeutig unter Beweis gestellt, daß sie keinerlei geeignete Maßnahmen ergreifen will, um der millionenfachen Arbeitslosigkeit - der brutalen Verletzung der sozialen Rechte der arbeitenden Menschen, wie es Herbert Mies formuliert - wirksam entgegenzutreten.

GERD GRAU, Dr. ARIBERT ONDRUSCH, Institut für Internationale Studien



Protest gegen die jugendfeindliche Politik der BRD-Regierung: Jugendliche demonstrieren unter der Lesung „Stopp die Jugendarbeitslosigkeit“. Foto: ADN/ZB

Seminar zur aktuellen Bedeutung der Leninschen Theorie über den Imperialismus

Hauptinhalt des ideologischen Kampfes: Überzeugender Nachweis der Richtigkeit gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze

Die offensiv Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus und Antisowjetismus, dem Kernstück der ideologischen Diversion und des psychologischen Krieges der aggressivsten Kreise des Imperialismus gegen den Sozialismus

„Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter“, so etwa läßt sich die historische Gesetzmäßigkeit ausdrücken, die wir bei der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Antikommunismus immer im Auge behalten müssen. Stets nämlich war der Antikommunismus eine Reaktion auf den Aufstieg und Fortschritt des Kommunismus. Jeder theoretische und praktische Sieg der Arbeiterklasse und des Kommunismus drängte die Bourgeoisie tiefer in die historische Defensive, zwang ihre Ideologen zur Hervorbringung neuer und stets auf neue sich erweiternder Inhalte, Formen und Methoden des Antikommunismus.

War der Antikommunismus als Reaktion der Bourgeoisie auf das selbständige Auftreten der Arbeiterklasse im Klassenkampf entstanden und hatte sich seine erste „heilige Hetztag“ gegen den noch utopischen Kommunismus gerichtet, so wurde er sehr bald schon gegen den von Marx und Engels von der Utopie zur Wissenschaft entwickelten Kommunismus Front machen. In seinem revolutionären Einfluß auf die Arbeiterklasse entgegenzuwirken. In dem Maße, wie der Marxismus in der revolutionären Arbeiterbewegung triumphierte, wurde der Antimarkismus zum Hauptinhalt des Antikommunismus.

Hatten die Herausbildung des Imperialismus und seine von Lenin unter den Bedingungen des Imperialismus vollzogene Weiterentwicklung die bürgerlichen Ideologen gezwungen, ständig neue Varianten des Antikommunismus hervorzubringen, so werden der „marxistisch“ veränderten Revisionismus eine besondere schändliche Rolle spielte, so wurde für von den Arbeitern und den Russlands unter Führung des Partei Lenins in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917

errungene welthistorische Sieg die entscheidende Zäsur in der Entwicklung des Antikommunismus. Von nun an mußte er sich nicht mehr „nur“ gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, sondern zugleich auch schon gegen den zur gesellschaftlichen Realität werdenden Kommunismus selbst richten. In dem Maße, wie sich historisch erstmalig in der Sowjetunion der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der ersten Phase des Kommunismus, vollzog, wurde der mit dem Antimarkismus und Antileninismus untrennbar verbundene Antisowjetismus zum Kernstück des Antikommunismus, der vor allem im Faschismus seine menschenheitsfeindlichste Ausprägung erfuhr.

Als im Gefolge des Sieges der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg viele weitere Völker den Weg zum Aufbau des Sozialismus beschritten und im Ergebnis dessen das sozialistische Weltystem entstand, war es sein unaufhaltsamer Aufstieg, dem sich die herrschenden Kreise des Imperialismus mit Hilfe eines immer umfassender entfalteten Antikommunismus entgegenstellen versuchten. Hatten sie sich im Rahmen des von ihnen in den 40er und 50er Jahren gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten geführten „kalten Krieges“ noch eines überwiegend grobschlächtigen Antikommunismus bedient, um den Sozialismus wieder „zurückzurufen“, so sahen sie sich unter dem Druck der von der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der Sowjetunion erfolgreich verwirklichten Politik der friedlichen Koexistenz und angesichts der wachsenden Anziehungskraft des realen Sozialismus genötigt, in den 60er und 70er Jahren zunehmend subtilere Methoden des Antikommunismus anzuwenden, um das so-

zialistische Weltystem ideologisch zu unterminieren und von den beiden anderen revolutionären Hauptströmen unserer Epoche, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, zu isolieren.

Unfähig, aus dem gesetzmäßigen Scheitern aller bisherigen Hetzjagden und Kreuzzüge gegen den Kommunismus zur Einsicht zu kommen, daß sich das Rad der Geschichte nicht aufhalten, geschweige denn zurückdrehen läßt, daß der Antikommunismus, wie es Thomas Mann formulierte, die „Grundtugend unserer Epoche“ ist, haben die reaktionärsten Kreise des Imperialismus in Verbindung mit dem von ihnen Ende der 70er Jahre eingeleiteten Übergang zur aggressiven Konfrontationsstrategie erneut einen heute immer extremere Formen annehmenden „heiligen Krieg“ gegen den Kommunismus entfacht, als dessen abenteuerliches Ziel sie die Verwirklichung des realen Sozialismus verkünden.

Vollzieht sich der den Charakter unserer Epoche bestimmende Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der Grundlage objektiver gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze, die der Antikommunismus zu leugnen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln außerkraftzusetzen versucht, so muß der überzeugende Nachweis dieser von Marxismus-Leninismus wissenschaftlich enthüllt und durch die geschichtliche Praxis tausendfach bestätigten gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze Hauptinhalt unserer offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Antikommunismus sein.

Prof. Dr. sc. GÜNTER FABIUNKE, GO Wirtschaftswissenschaften